

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktionspreis: Einzelnummer 25 Pf., Druckausgabe 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postbeholdung: Nr. 23685, Sozialistischer Verlag, a. m. b. H., Breslau. Fernsprechnummer: Ring Nr. 8837.

Sonnabend, 19. März 1921

Anzeigenpreis: Die 8 geklebte Wollmeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Verbandsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Wollmeterzeile, 3 gebalten oder deren Raum im Text 1,- Mk.

## Kahr gegen die Entwaffnung der Orgeesch

### Forderungen der Entente.

Kahr lief die von der Entente gestellte Frist zur Entwaffnung der Orgeesch ab. Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr benützte die Gelegenheit, um gestern im bayerischen Landtag eine Rede zu halten, in der er erklärte, er wolle niemand verurteilen, der sich nicht entwaffnen lassen wolle.

Kahr, der sich während der Londoner Verhandlungen und zu deren Ergebnissen verhältnismäßig ruhig verhalten hat, fährt, wie von der Tarantel gestochen, auf, wo es sich um die Unantastbarkeit der Orgeesch handelt. Bisher hatte Kahr Grund zum Schweigen, weil Simons alles tat, wie es Kahr in den Kram paßte. Kahr verbittet sich aber alle Seitenstünge. Er ruft offen zum Widerstand gegen die Entwaffnung — gegen Reichsgesetz auf. Kahr kennt seine Macht. Es wird der Reichsregierung nicht einfallen, ihren Willen gegen Kahr durchzusetzen. Die Reichsregierung ist nicht ungern Kahrs Gefangene. Die Reichsregierung hat weder den Mut noch den Willen, die Entwaffnung der Orgeesch und reaktionären Selbstschützorganisationen durchzuführen. Das Proletariat muß diese Aufgabe in die eigenen Hände nehmen. Durch seine Selbstschützorganisationen muß es die der Bourgeoisie zerstückelten und damit Kahrs und Eberls Herrlichkeit.

Wie aus untenstehender Meldung zu ersehen ist, machen sich die Folgen der Ablehnung durch Bayern bemerkbar, indem der Gegenpol der Orgeeschleute, die englischen Nationalisten, die Besetzung Münchens verlangen.

### Englische Drohung gegen Bayern.

Basel, 17. März. „Daily Mail“ berichtet: Die Nationalisten haben im Unterhaus einen Antrag auf Besetzung von München und auf den alsbaldigen Einmarsch in Bayern gestellt, falls die bayerische Regierung die Auflösung der Einwohnerwehr verweigere. Bonar Law erklärte namens der Regierung, daß die bayerische Widerspenstigkeit neue Sanktionen der Alliierten erforderlich mache, aber deren Art und Weise Verhandlungen schweben.

### Die Alliierten

#### repräsentieren ihre Reparationskosten.

#### Deutschland soll 180 Milliarden Goldmark bezahlen.

Jetzt endlich hat die Reparationskommission der deutschen Regierung die Zusammenstellung der Entschädigungsansprüche der alliierten und assoziierten Staaten übermüht. Sie betragen nach vorläufiger Umrechnung nicht weniger als 180 Milliarden Goldmark. Diese Forderungen sind nicht gestellt auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages, der die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands fordert, sondern auf Grund des Artikels 233, der eine solche Berücksichtigung nicht vorsieht.

Die Reparationskommission stellt der deutschen Regierung für die vorgeschriebenen Auktionen Fristen von ein bis zwei Wochen. Die Fristen sind ausschließlich, d. h. wenn sie nicht innegehalten werden, so verliert Deutschland den Anspruch, daß die Befriedigung der Reparationskommission erst eintreten solle, nachdem Deutschland billiges Gehör gegeben worden sei.

Die erste Rate ist am 1. Mai fällig.

Aus Paris wird gemeldet: Die Wiedergutmachungskommission hielt am Montag eine Sitzung ab, worin der Beschluß gefaßt wurde, Deutschland aufzufordern, den Artikel 235 des Versailler Friedensvertrages zu erfüllen, der besagt, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1921 zwanzig Milliarden Goldmark bezahlen müsse. Die alliierten Sach-

verständigen weisen nach, daß es sich um einen Irrtum handle, wenn Deutschland behaupte, bereits 21 Milliarden Goldmark gezahlt zu haben. Die Wiedergutmachungskommission entschied sich dahin, daß Deutschland kein weiterer Aufschub gewährt werden soll.

Die Alliierten fordern und geben keinen weiteren Aufschub zur Erfüllung der Forderungen. Die deutsche Regierung wird auch jetzt wieder handeln und feilschen, um einen größeren Anteil vom Entente-Kapital zu ergattern. Die deutschen Kapitalisten werden auch diesmal, wenn es nicht nach ihrem Wunsche geht, die Arme kreuzen und weitere Millionen in Elend und Not stürzen.

An dem Proletariat liegt es, diese Gesellschaft zu befeitigen und zu öffnen den Weg nach dem Osten.

### Vier Fragen.

Der sehr humoristische Streit zwischen den beiden Säulen der Zweiten Internationale, den deutschen und den belgischen Regierungsozialisten anlässlich der Sanktionen, nimmt seinen vergnüglichen Fortgang. Der „Vorwärts“ hält es für angebracht, folgende vier neckische Fragen an seine Blutsbrüder in Brüssel zu richten:

Ist es richtig, daß der Ausschub der belgischen Repräsentantenkammer für auswärtige Angelegenheiten, dem vier Sozialisten angehören, nach der Pariser Zusammenkunft einstimmig das Verhalten der belgischen Delegierten gebilligt hat?

Ist es richtig, daß nach der Rückkehr der beiden belgischen Vertreter der sozialistische Präsident der Kammer, Brunet, diese beiden Vertreter wegen ihrer Haltung beglückwünscht hat?

Ist es richtig, daß derselbe Ausschub während der Londoner Tagung einstimmig beschlossen hat, die belgischen Vertreter zu ersuchen, bei den Pariser Beschlüssen bestehen zu bleiben?

Ist es richtig, daß die sozialistischen Parlamentarier Brunet und Desfrée sich öffentlich für die Bildung eines selbständigen rheinischen Bufferstaates ausgesprochen haben, ohne daß die sozialistische Partei Belgiens irgend etwas gegen diese beiden unternommen hat?

Der „Vorwärts“ erwartet auf diese, allerdings sehr interessanten Fragen, von der Partei, „die mit uns der gleichen Internationale angehört“, eindeutige Antwort. Um auch dem „Vorwärts“ Gelegenheit zu eindeutigen Antworten zu geben, gestatten wir uns, folgende Fragen an die deutschen Rechtssozialisten zu richten:

Ist es richtig, daß die heutigen Rechtssozialisten die Vergewaltigung Belgiens durch die Hohenzollernregierung im August 1914 teils stillschweigend gebilligt, teils jubelnd begrüßt haben?

Ist es richtig, daß die Rechtssozialisten, die über die Kuffengreuel in Ostpreußen Jeter und Rordio schrien, kein Wort der Kritik an den Greueln der deutschen Soldateska in Löwen und anderen belagerten Orten wagten, sondern im Gegenteil durch ihre Kriegsberichterstattung sie beschönigten?

Ist es richtig, daß führende Mitglieder der Rechtssozialisten die Annexion der flandrischen Küste gefordert haben, ohne daß die Partei von ihnen abrückte?

Ist es richtig, daß durch dieses Verhalten der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1914 und weiterhin die belgische Sozialdemokratie das Rezept für ihr Verhalten im Jahre 1921 bekam?

europäische Proletariat, die Gewalttaten der russischen Käteregierung nicht ruhig hinzunehmen. Im Anschluß an den Vortrag durften an Kautsky Fragen gestellt werden. Ein anwesender Funktionär erkundigte sich danach, wie es denn komme, daß in diesen Tagen die sozialdemokratische Regierung Georgiens ausgerechnet einen Fürsten als Gesandten nach London geschickt habe. Kautsky erwiderte, daß heute in Georgien auch die Fürsten Bürger sind (d. h. in den verurteilten Tagen der menschewitschen georgischen Herrlichkeit) und wenn die Nachricht zutrifft, so werfe sie kein schlechtes Licht auf die Regierung Georgiens, sondern nur ein gutes Licht auf die Fürsten Georgiens. — Die Parole der Internationale 2 1/2 ist demnach: Nieder mit Sowjet-Rußland, hoch die Fürsten Georgiens.

## Die Krise der Weltwirtschaft.

Von Eugen Barga.

Der folgende Artikel aus der Feder eines hervorragenden Wirtschaftsexperten ist aus der „Economic Review“ entnommen. Er dürfte zum Verständnis des wirtschaftlichen Untergrundes all jener Vorgänge, die auf der weltwirtschaftlichen Bühne heute vorüberziehen, wesentlich beitragen. Wir empfehlen ihn deshalb dem aufmerksamen Studium. Red. der „A. Z.“

In der kapitalistischen Welt spielt sich eine wirtschaftliche Krise von einer derartigen Stärke ab, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Die Intensität der Krise erklärt sich durch den Umstand, daß die „normale, periodische“ Krise der kapitalistischen Wirtschaft in den Ländern, wo der Kapitalismus noch auf festen Füßen steht, mit der permanenten offenen Krise in jenen Ländern zusammenfällt, wo der Kapitalismus sich bereits im Zerfallstadium befindet. Und in der Tat, wenn wir die Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit überblicken, so werden wir leicht bestimmte Ländergruppen feststellen können, die auf ganz verschiedenen Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung (oder Stufen des Niederganges) stehen. Dies sind etwa folgende Gruppen:

### 1. Rußland.

Hier ist der Kapitalismus, wenn auch noch nicht ganz überwunden, so doch jedenfalls schon besiegt. Er existiert noch in der Form des Schleichhandels und in der Form der Bauernwirtschaft. Vor allem aber in der Zergliederung der Mehrheit der spezialbürgerlichen Masse. Doch der eigentliche Kapitalismus, die unmittelbare Ausbeutung der Arbeiter durch Privateigentümer der Produktionsmittel, ist beseitigt. Ebenso ist auch die Anarchie in der Produktion prinzipiell überwunden, obwohl die Planwirtschaft faktisch noch nicht eingeführt ist.

### 2. Die am Kriege beteiligten Länder des europäischen Festlandes.

Der Kapitalismus ist nicht imstande, sich von den Folgen des Krieges zu erholen und offenbart Symptome einer raschen Auflösung. Hier vermag die Bourgeoisie ihren Sklaven die Existenz sogar im Rahmen ihrer Sklaverei nicht zu sichern, denn sie bringt sie notwendigerweise in einen derartigen Zustand, wo nicht mehr die Bourgeoisie von den Arbeitern erhalten wird, sondern sie selbst gezwungen ist, die Arbeiter auszuhalten. Die europäischen Arbeiter sind jedoch absolut nicht gewillt, sich mit einem solchen Leben abzufinden. Sie reagieren durch fortwährende Herabsetzung ihrer Arbeitsproduktivität und durch eine Reihe schnell aufeinander folgender Streiks, was allerdings zu keiner Verbesserung ihrer Lage führt, dafür aber die Auflösung des Kapitalismus beschleunigt.

### 3. England und die neutralen Länder Europas.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch ist hier noch nicht klar zutage getreten. Doch überall machen sich schon Anzeichen der Schwäche bemerkbar. Symptomatisch ist in dieser Beziehung der Umstand, daß England sich damit abgefunden hat, daß die Vereinigten Staaten und Japan in drei bis vier Jahren über eine größere Flotte verfügen werden, als das jahrhundertlang herrschende England.

### 4. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan.

Diese Länder erleben die Blütezeit des Imperialismus. Großer Export von Industriearbeiten, Investierung des Kapitals im Auslande, Ruftungsweiterer, gewalttätige Kolonialpolitik, ernste Vorbereitungen zum neuen Weltkrieg.

### 5. Die Randländer der Weltwirtschaft.

(Südamerika, Südafrika, Australien und einige Gebiete Asiens)

Zur Zeit des Krieges, dank den Transporterleichterungen, der Konkurrenz der westeuropäischen Industrie befreit, entwickelten sie schnell ihre eigene Industrie, traten eigentlich erst jetzt in das Stadium des Kapitalismus ein und verwandelten sich aus Defekten der Weltwirtschaft zu deren Subjekten, ohne jedoch noch das Stadium des Imperialismus erreicht zu haben.

Entsprechend den Gegebenheiten des Kapitalismus kommt der verschiedenen wirtschaftlichen Zustand in der verdringlichsten Form im Salustafelnde zum Ausdruck. Das einst weltbeherrschende englische Pfund Sterling hat seine leitende Stellung dem amerikanischen Dollar eingeräumt und weist im Verhältnis zu einer ganzen Reihe außereuropäischer Wäluen ein bedeutendes Disagio auf.

Die gegenwärtige Krise wird dadurch charakterisiert, daß die „normale“ kapitalistische Krise der Überproduktion in den noch gesunden kapitalistischen Ländern mit der dauernden Krise der Auflösung in den Ländern der zweiten Gruppe zusammenfällt. Die Krise nahet in jedem Lande ihren Anfang, das die höchste kapitalistische Entwicklung

## Kautsky setzt die Offensive gegen Sowjet-Rußland fort.

Die englische Bourgeoisie muß den Handelsvertrag mit Sowjet-Rußland abschließen. Die französische Reaktion steht ein, daß sie sich mit Kronstadt verreckt hat. Aber Karl Kautsky und die Internationale 2 1/2 führen unentwegt den Kampf gegen Rußland weiter. Wie aus Wien gemeldet wird, hielt dort Kautsky in einer Versammlung der sozialdemokratischen Funktionäre einen Vortrag über Georgien, in dem er wieder einmal dem menschewitschen Paradies in den Himmel hob und die Käterierung in schwärzlicher Weise verkündete. Er verwarf Protokolle über die Annahme von Tiflis durch die Roten Truppen und beschwor das

# Massenentlassungen in den Reichsbetrieben und Behörden.

## Reaktionäre Bürokratisierungsbemühungen.

Nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers weist der Reichshaushaltsetat einschließlich der Eisenbahn und Post einen Fehlbetrag von 83,6 Milliarden Mark aus. Die Schuldenlast des Reiches hat die Höhe von 300 Milliarden erreicht. Hinzu kommt die ungeheure Belastung der Wiedergutmachung, über die man vorläufig in London mit den Vertretern des Entente-Kapitals schachert. Die Regierung trifft schon jetzt mit Hochdruck ihre Vorbereitungen, um zu versuchen, den immer krasser in Erscheinung tretenden Bankrott zu sanieren. Ihre „volkswirtschaftlichen Maßnahmen“ erstrecken sich dabei in erster Linie auf die Reorganisation der Reichsbetriebe und Behörden. Sie hat dabei folgendes Programm aufgestellt:

Die Entlassungen sämtlicher Angestellten, Lohnempfänger, Hilfskräfte der Eisenbahn, Post-, Reichs- und Staatsbehörden, Bekleidungsämter, Lazarett usw. schleunigst durchzuführen. Zur Entlassung würden ca. 200.000 Personen kommen.

Besezung der freigewordenen Stellen durch ehemalige Offiziere, Beamtenanwärter und Anwärterinnen. Letztere insbesondere aus den Familien der höheren Beamten. Diese Maßnahmen sollen den ausgesprochenen Zweck verfolgen, die Beamten wieder in das reaktionäre Joch zu bringen wie in der Vorkriegszeit; also die Wiederherstellung eines „zuverlässigen Beamtenapparates“.

Die Beseitigung der achtstündigen Arbeitszeit in allen Reichsbetrieben und Behörden. Die durchgehende Arbeitszeit ist abzuschaffen werden durch Einführung einer größeren Pause und Verlegung der Arbeitszeit in die Vor- und Nachmittagsstunden, damit insbesondere der großstädtischen Beamtenschaft weniger Zeit und Gelegenheit bleibt, an den politischen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen teilzunehmen.

Diese Maßnahmen der Regierung erfolgen im engsten Einvernehmen mit den tonangebenden Männern der deutschen Industrie und des Reichswirtschaftsrats. Sie sind die ersten Vorbereitungen und bilden den Auftakt für die Generaloffensive der deutschen Kapitalisten zur Niederdrückung der deutschen Arbeiterklasse. Planmäßig gehen sie dabei zu Werke. In erster Linie zielen ihre Bestrebungen dahin, den Eisenbahn- und Postbetrieb, die Reichs- und Staatsbehörden durch ein gefügiges mit reaktionären Elementen durchsetztes Beamtenheer zu setzen Stützpunkten ihrer kapitalistischen Wirtschaft zu machen.

In wieweit innigem Einvernehmen die Regierung mit den Vertretern der Industrie und des Handels hierbei Hand in Hand arbeitet, zeigt eine Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Handel, Industrie und Eisenbahn, die am 22. Dezember 1920 im Sigmundsaal der Eisenbahndirektion Offen gehalten wurde. Die Sitzung leitete der Eisenbahndirektionspräsident Hahn. Als Vertreter der Industrie und des Handels nahm u. a. auch Hugo Stinnes teil. Das Bemühen der Großindustriellen-Vertreter ging dahin, die Gewerkschaftsführer für eine Verzerrung des Eisenbahnpersonals und eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von 1 bis 2 1/2 Stunden zu gewinnen, damit der Eisenbahnbetrieb wieder wirtschaftlich werde. Herr Hugo Stinnes und sein Beizeiler erklärten, es sei Aufgabe der Gewerkschaftsführer, ihren organisierten Massen diese Erkenntnis beizubringen; sie betonte dabei, daß das Reich über große Vorräte von Speck und Schmalz verfüge, die dann den Arbeiter in 9-stündiger und besonders zulogener zur Verfügung kämen. Während also das große Heer der Arbeitslosen, die Witwen und Waisen der Kriegssopfer durch Hunger und Elend zugrunde gehen, versorgt Herr Stinnes über die großen „Speck- und Schmalzvorräte“ der Regierung, um die Eisenbahner zu korrumpieren. Die Eisenbahner lehnten es entschieden ab, daß ihre Notlage zu solchen Korruptionsspekulationen im Interesse der Scherenschnittindustrie ausgenützt werden sollte. Die Folge davon war, daß nunmehr Anfang Februar das Reichskabinett ohne Hinzuziehung der Beamtensorganisationen Maßnahmen für die Verlegung der Arbeitszeit der Beamten aufgestellt hat. Folgende Sätze dieser Richtlinien zeigen mit aller Deutlichkeit, daß das, was Herr Stinnes mit

dem Korruptionszweck der Regierung nicht erreichen konnte, nunmehr auf dem Wege der Verordnung den Beamten aufgezwungen werden soll:

„Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Diensten des Reiches zu stellen und die ihm übertragenen Arbeiten ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 48 Stunden. Soweit der Dienst in bloßer Dienstverpflichtung besteht, ist die Zeit entsprechend zu erhöhen.“

Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen. Für eine Überstunde der 48 stündigen Wochen dienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt.“

Daß die Regierung auch in den Reichs- und Staatsbehörden rücksichtslos ihre Pläne verwirklichen will, geht aus folgendem hervor: Der Arbeitsausschuß der Vereinigten Betriebsräte der Reichs-, Staats- und kommunalen Behörden hatte im Auftrag der Angestelltenchaft am 5. Dezember 1920 dem Reichsarbeitsministerium angeführt, daß aufgezwungenen Existenzkampfes folgende Forderungen unterbreitet:

„Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen und Einstellungen von Angestellten.“

Die Fernabfertigungsvorrichtungen, die für die Privatindustrie gelten, sind auch auf die Behörden auszuweiten.“

Freimachung von Arbeitsstellen für Angestellte durch Pensionierung der alten Beamten.“

Diese Eingabe der Angestellten ist bis heute vom Reichsarbeitsminister noch nicht beantwortet worden.

Ferner sollen am 31. März die Angestellten und Lohnempfänger der Abwicklungsbehörden entlassen werden, 8000 Personen kommen in Frage, trotzdem in diesen Behörden im Interesse der Reichsfinanzen noch 11,5 Milliarden Mark zur Verrechnung stehen. Während man nun die dort untergeordneten Offiziere neben der Pension nach dem Offiziersentschädigungsgesetz eine Übergangsgeldgebühr von 3 Monatsgehältern zahlt, hat man den Angestellten ein Monatsgehalt bewilligt. Die Angestellten fordern daher mit vollem Recht eine Übergangsgeldgebühr von 3 Monaten, und bis zum Ablauf dieser Zeit anderweitige Unterbringung im Reichsbetriebe oder Behörden.

Ebenso sind durch eine Verfügung des Reichsfinanzministers vom 23. Dezember 1920 in 5 Reichsbekleidungsämtern die Ründigungen sämtlicher Angestellten ausgesprochen worden, das hat natürlich zur Folge, daß nach Ablauf der Ründigung auch die Arbeiter dieser Ämter kurzer Hand entlassen werden. Bei den übrigen 7 Ämtern hat man mit einer teilweisen Ründigung eingesezt.

Während nun die Regierung auf der einen Seite durch die produktive Erwerbsloisensfürsorge dem privaten Unternehmertum Millionen zuschmekt, was natürlich zu einem Korruptionssystem ausarten muß, weil jede ausreichende Kontrolle durch die Betriebsräte und Gewerkschaften fehlt, werden andererseits lebenswichtige Betriebe der Volkswirtschaft wie die Reichsbekleidungsämter geschlossen.

Wollen die Angestellten, Lohnempfänger und Hilfskräfte der Reichs-, Staatsbetriebe und Behörden kämpfen um ihre Existenz, damit sie nicht mit ihren Familien durch unbegrenzte Arbeitslosigkeit dem Hunger und Elend preisgegeben sind, dann müssen sie sich fest zusammenschließen und von ihren Organisationen verlangen, daß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen wird.

Wollen die Beamten nicht wieder zurückgedrängt werden in das alte reaktionäre bürokratische Joch, wo Befehlsgehörigkeit, Schmaroger- und Denunziantentum ihre Organe steuern, wo durch mangelhafte Gehälter und lange Arbeitszeit ihnen das Leben unerträglich gemacht wird, dann müssen sie alle künstlichen Schranken fallen lassen, sich solidarisch erklären mit ihren Arbeitskollegen, die nicht im Beamtenverhältnis stehen.

Ferner müssen die Beamten und Angestellten sich zu der Erkenntnis durchringen, daß der Kampf um ihre Lebensbedingungen nur erfolgreich sein kann, wenn sie die Sympathie und Solidarität der gesamten Arbeiterklasse auf ihrer Seite haben. Die Situation ist ernst, schwere Kämpfe stehen uns bevor. Darum muß die Devise sein: Dem geschlossenen Vorgehen der Arbeiterklasse und der Regierung die Einsparfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten entgegenzusetzen.

durchmacht, in den Vereinigten Staaten von Amerika. Schon Mitte des vergangenen Jahres begannen von dort Nachrichten einzutreffen über die großen Vorräte, die keinen Absatz finden, über die Ueberfüllung des Marktes. Im Laufe des letzten Jahrzehntes veränderten sich die Vereinigten Staaten endgültig aus einem Agrarland, aus einem Rohstofflieferanten zu einem Industriestaat. Dazu hat besonders viel der Krieg beigetragen. Die Krise greift aus Amerika nach England über, wo ihre ersten Symptome schon im August des vergangenen Jahres zutage traten. Von hier breitete sie sich über die neutralen Staaten Europas aus, kam dann nach Frankreich und entwickelte sich, mit der permanenten Krise Mitteleuropas zusammenhängend, zu einer unerhörten Krise der Weltwirtschaft. Die tiefsten Ursachen dieser Krise müssen in den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft selbst gesucht werden. Die Krise des Kapitalismus als einer Gesellschaftsordnung besteht darin, daß das Proletariat nicht imstande und gewillt ist, sich mit seiner gegenwärtigen Lebenslage auszuföhnen. Die durch die Bemühungen des Krieges auf das tiefste Niveau herabgedrückt worden ist. Das bildet die Grundlage der revolutionären Bewegung in den breiten proletarischen Massen. Die letztere könnte nur durch Verbesserung der Lage des Proletariats geschwächt werden. Das ist aber andererseits nur im Wege der Steigerung der Produktion möglich (das gleiche Problem wie in Rußland). Deshalb haben die Kapitalisten, unterstützt von den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern, die Lösung aufgestellt: Steigerung der Produktion.

In den Ländern der zweiten Gruppe ist der Auflösungsprozess des Kapitalismus und die Revolutionierung der Massen bereits soweit fortgeschritten, daß die Steigerung der Produktion mißlingt. Wenn manchmal nach langen Verhandlungen ein Abkommen wegen Ueberständen und Ueberstunden auch zustande kommt und die Produktion zurechnen muß, so bleibt die Sache stecken aus Mangel an Kohle, Waggons usw. oder wird das erreichte Resultat durch einen neuen großen Streit zunichte gemacht.

In den Ländergruppen 3 und 4 ist es tatsächlich gelungen, die Produktion zu heben; das Resultat war jedoch keine Verbesserung der Lage der Arbeiter, sondern eine furchtbare Arbeitslosigkeit und Stilllegung der Produktion.

Die Kräfte der Produktionssteigerung sind hier noch einmal in den Fehler verfallen, der darin besteht, daß sie den für die Wirtschaft „überhaupt“ richtigen Grundriß einfach auf die besondere Wirtschaftform — auf den Kapitalismus — übertragen. „Im allgemeinen“ ist es ganz richtig, daß die Steigerung der Produktion eine Verbesserung der Lage aller Arbeitenden, aller Mitglieder der Gesellschaft zur Folge haben muß. Das ist buchstäblich richtig für das heutige England. Auf die anarchistische kapitalistische Wirtschaft angewendet, bedeutet das jedoch: Ueberproduktion, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit. In der kapitalistischen Produktion bedeutet die erhöhte Produktion nichts anderes, als daß jeder Produzent oder jede Produzentengruppe die Produktion ihrer eigenen Erzeugnisse vermehrt, ohne im geringsten danach zu fragen, ob diese Produkte als Waren Käufer auf dem Markte finden werden.

Die von Amerika ausgehende und von dort auf die Länder der 3. Gruppe übergreifende Wirtschaftskrise verschärft sich außerordentlich aus dem Grunde, weil: 1. Auf dem Weltmarkt kein Käufer auftaucht, 2. auch die Länder der 2. Gruppe nicht in die Lage kamen infolge der Arbeitslosigkeit, den Kapitalisten der 3. und 4. Gruppe irgendwelche Kaufswerte zu lassen, den Käufer abzugeben. Das findet seinen Ausdruck in dem lächerlich tiefen Stand ihrer Wägen. Der Dollar kostet in Polen 700 polnische Mark, ein englisches Pfund Sterling über 3000 Mark. Nach dem Sturz waren die starken Gruppen — die 3. und 4. — befreit, die Wirtschaft der 2. Ländergruppen durch große Anleihen zu heben. Doch die auf diese Weise zur Verfügung gestellten Summen wurden einfach verbraucht; der Zusammenbruch der Wirtschaft war also zu weit fortgeschritten, als daß man durch Verschleiss Anleihen hätte helfen können. Sie wurden auch eingezogen. — 3. Endlich die 5. Gruppe, die „Kolonialländer der Weltwirtschaft“, ist jetzt weniger zum Kauf geneigt. Schon aus dem Grunde, weil sie ihre eigene Wirtschaft entzweit.

Auf diese Weise endete die Kampagne zugunsten der Steigerung der Produktion mit einer furchtbaren Wirtschaftskrise. Und nicht charakteristisch die Situation hier als die Kohlenkrise in England. Alle Kräfte der 2. Gruppe haben sich jetzt der Kohlenarbeiterkreise die größte Mühe, um die Arbeiter zu einem Abkommen zu bewegen, das die Höhe des Arbeitslohnes von der Größe der allgemeinen Produktion abhängig macht. Das gelang ihnen, und im Dezember hat die Kohlenarbeiter ihre Forderungen. Doch schon im Januar wurden die Kohlenarbeiter eine nach der anderen geschlossen. Es ist, wie es sich herausgestellt hat, schon viel Kohle gebrannt worden.

Das organisierte Kapital ist bekräftigt, die ganze Last der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Das Sinken der Preise ist vorläufig nur mäßig, es fehlen noch irgend welche unmittelbare Bankrotts, doch dafür wächst von Tag zu Tag die Arbeitslosigkeit. Diese Krise wird daher die Lösung unter dem Proletariat der starken und der wirtschaftlichen Zusammenbruch aus Mitteleuropa in die neutralen Länder und nach England tragen.

## Oberschlesien.

Mit Speck fängt man Käse — — ?

Die deutsche Regierung hat eine Abordnung aus Oberschlesien entsandt. Reichsminister Jochenbach erklärte, daß sie sich um eine zu Gunsten Deutschlands ausfallende Abmachung bemühen. Er würden es niemals dulden, daß Oberschlesien geteilt werde. Der Schicksal des Bundesstaates Oberschlesien schme immer festere Fesseln an. Immer wieder wird der Kaiser, daß Beschränkungen oder Verfolgungen

nach der Abstimmung auf Grund des Verhaltens während des Abstimmungskampfes nicht zulässig würden usw.

Wie sehen die Worte des Herrn Jochenbach mit den Taten seiner Behörden im Einklang? Die deutschen Behörden verfolgen mit den gemieteten Mitteln unsere kommunistischen Genossen. Bei Raub und Mord werden sie auszuheben und aus ihrer Arden, aus ihrer Familie herausgerissen. Die Arbeiter, die ihre wirtschaftliche Not trotz der verschiedenen natürlichen Ursachen zu gemeinsamen wirtschaftlichen Kämpfen zusammengeführt hat, werden jetzt mit Hilfe des Geldes deutscher Grundbesitzer und Landwirte gegenwärtig angeht. Den Arbeitern wird ein Bundesstaat nichts helfen. Die Abstimmung wird nach der Abstimmung nur noch schärfer durchgeführt werden, um die maßgebenden Bestechungsmittel weiter herinzubringen.

Wenn das deutsche Reichsjustizministerium jetzt erfährt, daß nach der Abstimmung eine weitgehende Amnestie aller unserer Vergehen vorgenommen werden soll, daß alle politischen Delikte straffrei sein sollen, daß außerdem alle Bestechungssünden bis sechs Monate aufgehoben werden sollen, so wissen wir, daß davon keine Kommunisten betroffen werden, die das zweifelhafte Vergangene hatten, mit einem unabhängigen, unparteilichen, unparteiischen Richter in Betrachtung zu kommen. Die Arbeiter werden sich durch diese Versprechungen nicht täuschen lassen und werden mit allen Kräften dem nationalpolitischen Scheitern die kommunistische Devise entgegenstellen:

„Kampf für die soziale Revolution!“

## Politische Uebersicht.

### Die neue Besetzung.

Die heuchlerische Bourgeoisie, die unter den Sanktionen der „Feinde“ die besten Schiebergeschäfte macht, benützt die Besetzung natürlich dazu, ihre nationalpolitische Suppe zu kochen. Aus dem neubesetzten Gebiet bekommen wir folgende Stimmungsbilder:

Die Kriegsveteranen aller politischen Farben wissen gegenüber den Maßnahmen der Entente nichts Besseres zu tun, als chauvinistische Phrasen in Resolutionen zu gießen und auch sonst chauvinistisch zu heizen. So auch durch aufgelegte Pressenotizen über scharfe Anordnungen der Besatzungsbehörden. In Wirklichkeit merkt davon niemand etwas. Ein Zusammenstoß in Düsseldorf trug sich wie folgt zu: Ein französischer Offizier stellt einem Offizier der Grünen zur Rede, weil er nicht gegrüßt hatte. Der Grüne entschuldigte sich, er habe den Mann der Entente nicht gesehen. Damit wäre die Sache erledigt gewesen. Ein Zivilist, angeblich ein Franzose, mischt sich ein, schimpft, er wird von anderen Zivilisten verprügelt. Der französische Offizier kümmert sich nicht darum, geht fort. — In dem deutsch-nationalen Heftblatt „Närrische Zeitung“, Elberfeld, erscheint eine Konz. ein französischer Offizier hätte einen deutschen Offizier geprügelt, der den Angreifer sofort über den Haufen geschossen habe. Hier liegt die Absicht, zu heizen, Konflikt zu provozieren, hat zu Tage. — Am Bahnhof in Düsseldorf gab es aus nichtigen Anlaß eine Auseinandersetzung zwischen einem Zivilisten und Grünen. Ein Grüner tritt

# Wirtschaftsaufbau in Rußland.

## Die Hebung des Transports.

Da sich in der letzten Zeit die Holzlieferungen sehr günstig gestalten, war es möglich, die auf den Bahnhöfen stehengebliebenen Güter nach Petersburg und Moskau weiterzuführen. Auch mit dem Transport des Saatgutes wurde bereits begonnen; bisher wurden drei Millionen Rub transportiert.

Die Reparaturarbeiten der den Verkehr auf der Wolga dienenden Schiffe schreiten rüstig fort; es wurden außerordentliche Maßregeln getroffen, um diese Schiffe mit dem notwendigen Heizmaterial zu versorgen. Die Schiffsahrt auf der Wolga beginnt Mitte März; für diesen Zeitpunkt sind Kohlen- und Naphtatransporte in einzelne Häfen der Wolga, des Don und des Kowischen Meeres sichergestellt.

Vom 1. Dezember bis zum 1. Januar hat sich die Lage des Waggoparks sehr gebessert, weil im Vergleich zum Monat November durch vorgenommene Ausbesserungen der Prozentsatz der schadhaften Güterwagen erheblich gesunken ist.

## Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.

Das Moskauer Inspektionsorgan der Arbeiter und Bauern beschlagnahmte einzelne Kollektiv- und Mätkewirtschaften des Gouvernements. Die Leitung der Inspektion wird eine besondere Kommission übernehmen, die aus Vertretern der Arbeiterinspektionskomitees, der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften und landwirtschaftlichen Organe bestehen wird. Diese Kommissionen, die in allen Gemeinden und Kreisen eingesetzt werden sollen, verfolgen praktische Ziele.

An der jedesmaligen Besichtigung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften sollen Arbeiter und Bauern in möglichst großer Anzahl teilnehmen.

In den meisten Gouvernements finden jetzt die Wahlen in die Bauernkomitees statt, deren Zweck die Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaften ist. Die Bauern drängen sich zu den Wahlen, da ihnen die Bedeutung der neuen Organe völlig klar ist. Sie haben begriffen, daß nur Landwirtschaftskomitees ihre Interessen wahren können.

In Sibirien gibt es gegenwärtig 50 Kommunen mit einem Stande von 6000 Mitgliedern; dort ist eine weitere Steigerung der Kommunewirtschaft zu erwarten, da die Bauernschaft die Vorteile dieser Art der Bodenbewirtschaftung einseht.

Im Kowo-Tscherkaß werden 2000 Desjatinen Land zum Zwecke landwirtschaftlicher Versuche ausschließlich mit Elektromotoren und Traktoren bearbeitet.

Im Kubangebiet sind 5 Traktorenabteilungen geschaffen worden, die das ganze Gebiet bereisen sollen.

## Die Produktion künstlicher Düngemittel.

Im Jahre 1920 wurden produziert: 25 000 Rub Phosphatmehl, 61 000 Rub Thomasmehl, 32 000 Rub Superphosphat. Für das Jahr 1921 ist eine Produktion von 2 600 000 Rub künstlicher Düngemittel vorgesehen.

Bei der Sitzung des Kongresses der Agronomen brachte Professor Prasschilow einen Bericht, in dem er ausführte, daß eine energische Propaganda unter den Bauern nötig ist,

um sie an die Anwendung künstlicher Düngemittel zu gewöhnen, da lange nicht genügend Stallmänger zur Verfügung steht. Da die Produktion an Phosphaten noch nicht dem Bedarf entspricht, so muß mit Torf gedüngt werden. Die Versuche der Düngung mit Torf haben in den landwirtschaftlichen Versuchsanstalten gute Resultate gezeigt.

## Die Elektrifizierung Sowjet-Rußlands.

Im Moskauer Kohlengebiet sind große elektrische Kraftwerke bei Bobadinka Tolatof mit 2250 und 3000 Kilowatt in Betrieb gesetzt worden. Andere Stationen gehen der Vollendung entgegen.

Die Arbeit bei der Elektrifizierung der Lakschsee am Pejussee, entlang der Nikolajewsbahn, geht ihrer Vollendung entgegen.

Im Bezirke Serpuchow des Moskauer Gouvernements ist mit den Elektrifizierungsarbeiten begonnen worden. Die Dörfer dieses Bezirkes erhalten für die Beleuchtung und die Landwirtschaft die notwendigen Kräfte.

## Die Ueberwindung der Brennstoffkrise.

Bei der Brennstoffkrise, die in letzter Zeit herrschte, spielte ein Faktor eine große Rolle. Das war die Wiederaufnahme zahlreicher Industrien und die Neueröffnung vieler Fabriken, die selbstverständlich große Anforderungen an Brennmaterial stellten. Tatsächlich ist die allgemeine wirtschaftliche Lage besser als in den vergangenen drei Jahren. Der Verkauf der Kreie ist ein milderer als früher. Die Sowjetregierung hat bereits energische Maßnahmen zur Behebung der Brennstoff- und Nahrungsmittelkrise getroffen. Die baldige Ueberwindung aller dieser Schwierigkeiten ist mit Sicherheit zu erwarten.

Die Brennstoffkrise, welche in Petrograd während des Winters herrschte, tat den Sägemühlen der Petrograder Provinz keinen Abbruch; sie verarbeiteten mit vollem Betrieb Sägepläne und andere Abfallprodukte für Feuerzwecke. Vom 10. März an arbeiten alle Petrograder Fabriken in vollem Ausmaße.

Die Petersburger Tabakfabrik „Saprin“, die wegen Mangel an Heizmaterial vorübergehend geschlossen werden mußte, hat ihren Betrieb im vollem Umfange wieder aufgenommen.

Im Monat Februar trafen in Petrograd 8920 Waggons Holz ein, während die Zufuhr im Monat Januar nur 5945 Waggons betrug. In der ersten Hälfte des Monats Februar betrug der Tagsdurchschnitt 289 Waggons, in der dritten Woche stieg er auf 344, in der vierten Woche belief er sich auf 336 Waggons.

In Petersburg wurde ein Spezialzug für Holzfüllung und Holzbearbeitung eingerichtet; der Zug ist mit einer Dampfmaschinenmaschine und einer fliegenden Reparaturwerkstätte versehen. Bis Mai soll ein zweiter Zug fertiggestellt werden, der bereits im Bau begriffen ist.

In dem Walddistrikt von Wologda werden Eisenbahnzüge entsendet, die den dort beschäftigten Holzfüllern als Wohnungen dienen sollen; diese Züge führen auch alle notwendigen Werkzeuge mit sich.

den Zivilisten mit Faust; andere Zuschauer nehmen Partei für den Rißhandelten, ein Trupp Gräner mischt sich ein; fast sieht es so aus, als ob ein großer Kravall entstehen sollte. Die Zivilisten jedoch reagieren nicht auf die Provokationen. Die Zuschauer halten den Eindruck, als ob der Zusammenstoß absichtlich herbeigeführt worden sei, um die Besatzungstruppen vom Bahnhof zum Eingreifen zu veranlassen, um eine feindselige Stimmung und einen Zusammenstoß zwischen Bevölkerung und Ententelandsheeren herbeizuführen. Die Arbeiterschaft jedoch verhält sich gegenüber allen chauvinistischen Versuchen von Provokationen passiv; sie hat begriffen, daß der Ententemilitarismus und Imperialismus nur ein Teil der feindlichen Front ist, deren Hauptmachtstellung der Moskauer Militarismus und der deutsche Kapitalismus darstellt, und daß es ihre historische Aufgabe ist, die Hauptmacht zu schlagen, ehe an vollen Sieg auf der ganzen Linie gedacht werden kann. Und sie haben begriffen, daß in dem Kampf gegen den Ententekapitalismus die Proletarier in den Ententeländern in der Vorhut stehen müssen, daß jede Unterstützung der nationalen Hauptmacht des Feindes eine Schwächung der Proletarier bedeutet. Nur in der revolutionären Aktion kann das Proletariat die kapitalistischen Friedensverträge zerreißen, niemals als Vorspann nationalistischer Treiber.

## Vom guten Onkel Escherich.

„Die Knochen im Leibe kaputt schlagen“, so etwas sagt nur ein Nosse, ein Emporkömmling, der das Herrschen noch nicht gelernt hat. Escherich und seine Leute wissen besser mit dem Volk umzugehen. „Du — und Orgeß“ ist ein Flugblatt (Druck bei Lipowski, Danzig-Neufahrwasser) überschrieben, das zurzeit in ganz Norddeutschland, vor allem auf dem Lande, verbreitet wird. Die Orgeß bestimmt zum Bürgerkrieg der Satten gegen die Hungrigen, sie wird hier mit den rührendsten Worten geschildert als Klub der Harmlosen:

„Dafür will Orgeß sorgen, daß der Bauer seine Kartoffeln bauen und sein Vieh wieder hochbringen kann, damit sich der Bürger und Arbeiter in Stadt und Land wieder erheben kann, wie es früher war. Dafür will Orgeß sorgen, daß jeder Arbeiter den Lohn für seine Arbeit einstecken kann, ohne daß der liebe Nächste irgendeinen Pfusch braucht um dem andern seinen lauer erworbenen Verdienst streitig machen zu können.“

Und dann kommt folgende niedliche Schilderung des ungeklärten deutschen Königs Escherich:

„Escherich ist ein alter Oberförster, der sich gelagt hat, die ewige Puscherei muß nun endlich mal aufhören, denn alle Deutschen wollen und müssen nun endlich mal wieder ihre Ruhe haben, und deshalb hat sich Escherich gesagt, wir brauchen einen Schutz, und der beste Schutz ist der Zusammenschluß aller Vaterlandsfreunde. Und so, aus seiner Liebe zum Vaterland und zu jedem einzelnen Deutschen, entstand seine Orgeß.“

Es folgt die Aufforderung, auch in Norddeutschland die Orgeß so stark zu machen, wie in Bayern. Die Orgeß, anerkannt und gefördert von der Regierung, hat den richtigen Ton gefunden. Die waffenstarrenden weißgardistischen Organisationen, sie sind — — nur eine biedere Stammtischrunde, die in Ruhe ihren Stat spielen will, und der Anführer Escherich ist der gute Onkel Oberförster, der gemüthlich sein Pfeischen dazu schmaucht.

Die Arbeiter haben allen Grund, der edlen und harmlosen Gesellschaft einen eigenen Klub, den proletarischen Selbstschutz vor die Nase zu setzen.

## Das deutsche Gemüt.

Seitdem die „Deutsche Zeitung“ unter der Leitung des geistvollen Maurenbrecher steht, ist sie noch mehr als unter Bulkes Leitung eine unerschöpfliche Fundgrube für Lachlustige. Es erschienen in diesem Wochenschrift zwei Artikel über die „Judenfrage“, die unter dem Schein der Objektivität Judenhetze betreiben. Dabei wird dem „jetzlebenden jüdischen Element“ der Deutsche entgegengesetzt, der folgendermaßen beschaffen ist:

„Das innerste Wesen des Deutschen spiegelt sich in seinem Gemütsleben, in der Tiefe und Innigkeit des Empfindens, in gutmütiger Treuherzigkeit und Leichtgläubigkeit, in einfältigem kindlichen Sinn. Aus alledem entspringt ein Idealismus, der das gesamte Geistesleben durchdringt und veredelt, wenn er sich auch bisweilen in die Wolken der Illusionen verliert.“

Wir empfehlen als Beispiele für die reinste Verkörperung des deutschen Gemütes die Herren Ludendorff, Nosse, Marloh, Bogel, Kessel, Aulock und das Ideal jedes guten Patrioten, Etianes. Die ersten sechs verkörpern zweifellos das Gemütsleben und die innigen Empfindungen, der letzte die gutmütige Treuherzigkeit, Leichtgläubigkeit und den einfältigen Sinn der wahren Deutschen.

## Veränderung in der Berliner Vertretung der russischen Sowjetrepublik.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird Herr Reich, der Vorkühler der hiesigen Handelsabteilung der Sowjet-Delegation, sich in einigen Wochen nach Moskau begeben, um einen verantwortlichen Posten im Kommissariat des Außenhandels zu übernehmen. An seine Stelle wird Herr Siromjakow treten, der bereits in Berlin eingesetzt ist.

Die Berliner Sowjet-Vertretung hat im übrigen erweiterte Vollmachten für ihre Vertretungen erhalten.

Die in die bürgerliche Presse lanzierten Redaktionen des „Deutsch-russischen Vereins“, der sich die Sicherung der Handelsbeziehungen mit Rußland zur Hauptaufgabe gemacht hat, insbesondere die Werbung, daß Herr Reich „entlassen“ worden sei, sind reine Eschadungen.

## Ein herzoglicher Unabhängiger.

Bei den Unabhängigen ist nichts mehr unmöglich, besonders wenn sie Minister werden. Da richten sie in Sa. Charakteristisch sind dafür die neuen „Jas. ge.“ zur 4 Proz. Braunschweig-Lüneburgischen Staatsrenten von 1910, die jetzt neu gedruckt werden mußten. Diese „Jas. boyen“

tragen die Unterschrift: „Herzoglich braunschweigisch-lüneburgisches Staatsministerium: Sepp Dexter.“ — Die Freunde dieses unabhängigen Staatsministers haben schon immer behauptet, daß er sich nach und nach ganz rechts hinüber mausern werde.

Er ist nicht nur auf dem Papier von den ehemaligen herzoglichen Gewalten abhängig, aber dafür von den revolutionären Kräften umso — unabhängiger.

## Die Kommunisten in den Ausschüssen.

Die Kommunistische Fraktion bestimmte folgende Genossen zu ihren Vertretern in den Landtagsausschüssen: Haushaltsausschuß Ernst Meyer und Schölem, Bevölkerungspolitik Genossin Arensee und Schumann-Halle, Siedlungs- und Wohnungswesen Kilian und Karl Schulz, Landwirtschaft Karl Schulz, Handel und Gewerbe Menzel und Schoenbeck, Rechtswesen Hoffmann, Gemeindefragen Kay und König-Weißensfels, Unterrichtswesen Schneider-Hagen, Eingaben Paul Hoffmann (Vorsitzender der Kommission) und Hanna Ludewig, Geschäftsordnung Eberlein (stellvertretender Vorsitzender) und Geschle, Rechnungsprüfungen Schoenbeck, Bäckerei Franken, ständiger Ausschuß Ernst Meyer.

## Ausland.

### Londoner Arbeitslose dringen in eine Fabrik ein.

Aus London wird gemeldet: In den Werken der „General Engineering-Gesellschaft“ hatten sich kürzlich die Arbeiter eine Lohnerabsetzung gefallen lassen. Darauf brang eine größere Zahl von Arbeitslosen, geführt von Holt, dem Vorsitzenden des Londoner Arbeitslosenrats, in die Fabrik ein, brachte den Betrieb zum Stillstand und veranlaßte den sofortigen Zusammenritt einer Betriebsversammlung. In dieser Versammlung zielte die Arbeitslosenführer Reden, worin sie als höchste dagegen protestierten, daß die Arbeiter sich die Lohnerabsetzung hätten gefallen lassen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosen sich standhaft weigern, Arbeit anzunehmen zu einem Lohn, der niedriger ist, als die geltenden Tarife. Dann dürften aber auch die in Arbeit Stehenden nicht unter die Tariflöhne heruntergehen. Die Delegierten erklärten an, daß das Vorgehen der Arbeitslosen berechtigt war.

## Weitere französische Kundgebungen gegen die Kriegspolitik der Regierung.

Aus Paris wird gemeldet: Im Anschluß an die Pariser Demonstrationen veranstalteten die Kommunisten auch in Provinzstädten Frankreichs erfolgreiche Demonstrationen gegen die Reaktion und die Kriegspolitik der Regierung. So fand kürzlich in Boulogne eine Protestversammlung statt, die von über 1500 Personen besucht war. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Anwesenden eine Amnestie für politische Vergehen forderten und versicherten, daß sie sich einem neuen Krieg mit allen Mitteln widersetzen würden. Ebenso hat in Bayonne eine große kommunistische Versammlung stattgefunden, die sich aufs schärfste gegen die Abenteuerpolitik der französischen Regierung aussprach.

## Kapitalistische Wirtschaft Zeichen der Zeit.

Die deutsche Hütten-, Metall- und Maschinenindustrie erzielt ungeheure Gewinne. So hat das Eisen-Hütten-Werk Thale, das mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Mark arbeitet, einen Ueberschuß erzielt, der nach Abzug aller Unkosten nicht weniger als 34 Millionen Mark beträgt.

Das Haroper Walzwerk vermochte einen Bruttoüberschuß und Reingewinn auszuwerfen, der zehnmal größer war als im Vorjahre. Aus den Knochen eines jeden Arbeiters wurden 26 814 Mark Bruttoüberschuß und 11 436 Mark Reingewinn herausgewirtschaftet.

Allgemein bekannt ist, daß die Löhne der Eisen- und Metallarbeiter gegenüber der ungeheuer verteuerten Lebenshaltung als skandalös niedrig bezeichnet werden müssen. Riesenüberschüsse auf Seiten der Unternehmer — Hungerlöhne der Arbeiter.

Seit Monaten werden gerade in der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie die heftigsten Kämpfe geführt. In Stettin, Hamburg, Wlga, Berlin und anderen Orten wurden die Metallarbeiter durch die brutalsten Maßnahmen der Unternehmer, die sich sehr oft in einer Herabsetzung der Löhne zeigten, zum Streik gezwungen. Der Vorstand des Metallarbeiter-Berbandes hat zurzeit nichts anderes zu tun, als den Kampf gegen die Kommunisten zu führen. Metallarbeiter, überlegt auch diese Zustände und handelt!

